

EFA 2004 Manifest

Souveränität, Soziale Gerechtigkeit, Subsidiarität

Auf dem Weg zu einem Europa der Vielfalt

Ziel der Vorbereitung auf diese Wahlen ist eine bessere Vertretung unserer Länder in Europa. Wir arbeiten an zwei Fronten. Unsere Vertreter engagieren sich für die Umsetzung progressiver Politiken. Wir arbeiten für bessere soziale Bedingungen, Lebensqualität und eine gerechte Vermögensumverteilung. Wir sind Verfechter des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung als Vehikel zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in einer sauberen Umwelt. Unsere Ideologie steht im Einklang mit dem Wunsch der Menschen, eine bessere Welt für die heutigen und künftigen Generationen zu schaffen. Die geltenden Verfassungen unserer Länder machen es uns jedoch unmöglich, auf die gleiche Art und Weise wie andere Länder in Europa vertreten zu sein. Deshalb laufen wir Gefahr, außen vor zu bleiben, wenn Europa lebenswichtige Entscheidungen trifft, die unser aller Zukunft betreffen. Das ist undemokratisch, und wir arbeiten an einer Reform. Aus diesem Grunde sind wir auch auf nationaler und regionaler Ebene tätig und kämpfen für eine angemessene Vertretung der staatenlosen Nationen Europas auf jeder Regierungsebene.

Das Zeitalter des Nationalstaates ist vorüber. Wir lehnen es jedoch ab, diesen mit einer monolithischen EU zu ersetzen, deren Befugnissen in den Händen der großen Mitgliedstaaten liegen – das ist ebenso undemokratisch für die staatenlosen und kleineren Nationen Europas wie der vorherige Zustand. Die Herausforderung besteht nun darin, eine noch größere Beteiligung aller Völker am politischen Prozess zu

erreichen. Eigenständige Parlamente und dezentralisierte Politiken sind der natürliche Ausgangspunkt für unseren Kreuzzug. Sie finden ihre Berechtigung durch neuen Enthusiasmus und Selbstbewußtsein. Sie entwickeln einen jugendlichen Eifer und sind bereit, neue Initiativen zu ergreifen und die Verantwortung für unsere Zukunft zu übernehmen.

Die Freie Europäische Allianz / Demokratische Partei der Völker Europas setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte kleiner und staatenloser Nationen ein. Durch die demokratische Legitimierung kann unser Anliegen nicht gestoppt werden. Um unsere historischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen und die Wirtschaften unserer Länder verbessern zu können, müssen wir in Europa vollständig vertreten sein. Wir haben in den EU-Institutionen bereits Präsenz gezeigt. Inwieweit wir jedoch das Beste für die Völker der staatenlosen Nationen in Europa erreichen können, hängt von unserer Größe als politische Kraft ab, und das hängt natürlich wiederum von der Unterstützung ab, die wir bei den Wahlen erhalten. Keine der anderen großen europäischen Parteien (Konservative, Sozialisten oder Liberale) setzt sich für die staatenlosen Nationen Europas ein – sie wollen unsere Nationen an den Rand Europas verweisen, und das ist nicht gut genug.

EFA gehören staatenlose Nationen und territoriale Einheiten mit einem starken Sinn für Identität an, die eine eigene Stimme in Europa wollen. Zu unseren Mitglieder-Parteien gehören: *Bloque Nacionalista Galego, Esquerra Republicana de Catalunya, Eusko Alkartasuna, Fryske Nasjonale Partij, Libertà Emiliana-Nazione Emilia, Liga Fronte Veneto, Ligue Savoisiennne, Mebbyon Kernow, Mouvement Région Savoie, Partei der Deutschsprachigen Belgier, Partido Andalucista, Partit Occitan, Partito Sardo d'Azione, Partitu di a Nazione Corsa (PNC), Plaid Cymru, Rainbow-Vinozhito, Scottish National Party, Silesian Autonomy Movement (Ruch Autonomii Slaska), Slovenska Skupnost, Spirit, Union Démocratique Bretonne, Union du Peuple Alsacien, Union für Südtirol, Union Valdôtaine, Unitat Catalana* (Parteien mit Beobachterstatus: *Partido Nacionalista Vasco, Partit Socialista de Mallorca-Entesa Nacionalista, Moravian Democratic Party, Transilvanian Party, Hungarian Federalist Party, Lithuanian Polish People's Party, Chunta Aragonesista*)

In der Wahlperiode 1999-2004 haben 9 unserer MdEP mit Nachdruck im Europäischen Parlament gearbeitet (Schotten, Waliser, Flamen, Basken, Galizier, Katalanen und Andalusier). Gemeinsam mit den Grünen konnten wir die viertgrößte Fraktion im Parlament bilden.

Mit Ihrer Stimme werden wir in der Lage sein, uns weiterhin für folgende kritische Themen im Europäischen Parlament einzusetzen:

- Die EU-Institutionen sollten vereinfacht und in einer Zweikammerstruktur demokratisiert werden: dem Europäische Parlament (in dem die Fraktionen vertreten sind) und dem Senat der Völker (eine neue Kammer, in der die Staaten, staatenlosen Nationen, Völker, Regionen und jene vertreten sind, die sich reif genug fühlen, um ihre eigenen Angelegenheiten in Europa zu vertreten). Dieser Senat, der Nachfolger des Rates, würde Gesetze in Mitentscheidung mit dem EP erlassen. Letzteres würde die Kommission ernennen und befugt sein, Verfahren zur Amtsenthebung in die Wege zu leiten. Diese Struktur würde den Prozess der internen Erweiterung durch die Eigenständigkeit erleichtern. Die EFA befürwortet die uneingeschränkte Beteiligung unserer dezentralisierten Regierungen im Ministerrat. Unsere Länder sollen zudem Zugang zum Gerichtshof haben.

- Konstitutioneller Pluralismus. Die verschiedenen Ebenen von Regierung, EU, Staaten, eigenständigen Ländern, Städten usw. sollen über unterschiedliche Kompetenzbereiche mit gleicher Kooperation und ohne Hierarchie verfügen. Es würde sich dann um eine Konföderation der Völker und ein Netzwerk des Regierens handeln.

- Alle Sprachen haben das Recht, im EP gesprochen zu werden.
- Die Kontrolle und Verwaltung der Strukturfonds soll den Regionen übertragen werden.
- Die Freiheit zur Entwicklung interregionaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit ohne Einflussnahme des Staates. Entwicklung der Euroregionen.
- Das soziale Wohlergehen der Bürger muss Grundlage aller EU-Politiken sein. Die Wirtschaft sollte in einer solchen Weise geführt werden, um einen größeren sozialen Wohlstand zu erleichtern. Die EFA ist dem Wohlfahrtsstaat verpflichtet, und ihres Erachtens sollte die EU einen Mindeststandard der sozialen Rechte wie eine angemessene Unterkunft für alle und einen Mindestlohn festlegen.
- Vollbeschäftigung und Wiedererlangung der Rechte der Arbeitnehmer, die durch den Neo-Liberalismus von Thatcher bis Blair-Berlusconi-Aznar beschnitten wurden.
- Gleiche Rechte und ein Ende der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

- Eine radikale Umkehr in der GAP. Große Agrarerzeuger schlucken den größten Anteil am EU-Haushalt. Die EU-Gelder sollten an Kleinerzeuger, landwirtschaftliche Familienbetriebe und Fischereigemeinschaften fließen, so dass die Lebensfähigkeit und Zukunft der ländlichen Gemeinschaften erhalten wird. Die nachhaltige Landwirtschaft und der extensive Landbau würden gedeihen und somit der aktuellen Gefährdung der Lebensmittelqualität entgegen wirken.

- Wir unterstützen das Verursacherprinzip im Umweltschutz. Beim Wasser ist Rationalisierung angesagt, und dabei sollte auch die Unterbrechung des natürlichen Flusses seiner lebenswichtigen Ressourcen verhindert werden. Es ist an der Zeit, der Atomenergie ein progressives Ende zu setzen. Sie ist gefährlich und folgt einem zentralisierten Erzeugungs- und Vertriebsmuster. Die Investition in erneuerbare Energiequellen wird unsere Umwelt verbessern und die lokalen Wirtschaften ankurbeln, die Kontrolle über ihre eigenen Ressourcen gewinnen.

- Wir unterstützen eine gemeinsame Außenpolitik der EU. Sicherheit, Verteidigung und Diplomatie müssen in einem einzigen EU-Organ für eine multipolare Welt zusammengefasst werden, die sich gegen den Krieg verschwört.

- Wir unterstützen die friedenserhaltende Rolle der Europäischen Union bei Konflikten innerhalb ihrer Grenzen.

- Wir fordern mehr Transparenz und Offenheit in der Weise, wie die EU ihre Geschäfte führt. Wir unterstützen eine Untersuchung der Unterstützung für die partizipative Demokratie, bei der der Bürger einen größeren Anteil an den Europäischen Politiken hat. Der erste Schritt ist eine Verbesserung der Transparenz bei der Information durch die EU (informative Transparenz).

Wir haben die Vision eines harmonischen Europas, das aus einer Vielfalt von Völkern besteht, die sich gegenseitiger Zusammenarbeit unterstützen. Wir wollen unsere reiche Vielfalt schützen und dabei von den Vorteilen einer größeren Union profitieren. Das politische Werkzeug zu diesem Zweck ist die Subsidiarität, durch die die Entscheidungsfindung näher an den Bürger gebracht werden soll. Wir benötigen eine gerechte und flexible Aufteilung der Verantwortlichkeiten unter der Flagge der gemeinsamen Souveränität. Der Weg nach vorne ist die Errichtung eines untereinander verbundenen Systems, bei dem jeder ein Wort mitzureden hat. Wir befürworten effektive, kooperative und bilaterale Beziehungen zwischen der EU und den eigenständigen Staaten und Einheiten unter Achtung der Grundsätze der Selbstbestimmung.

Es gibt eine Reihe von Dokumenten, Manifesten und Erklärungen (Bastia, Brüssel), in denen der Standpunkt der EFA zu all diesen Themen ausführlich dargelegt ist. Unsere Priorität ist die Verteidigung der Rechte der Bürger Europas, damit diese ihre eigene Zukunft bestimmen und in einer friedlichen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft leben können. Wir sind sehr an Ihren Ideen zu unserer Arbeit interessiert..

I – Europa der Vielfalt

(Eine multikulturelles Europa der Völker, Sprachen und Identitäten)

Die Europäische Union muss die Tatsache, dass Gebietskörperschaften über politische und gesetzgeberische Befugnisse verfügen, in ihr institutionelles Rahmenwerk integrieren. Es darf nicht sein, dass ausschließlich Staaten die Anerkennung als politische Repräsentanten auf europäischer Ebene zuteil wird. Der Erweiterungsprozess, in dessen Verlauf über 10 neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union beitreten werden, die meisten davon kleine Länder, wird diesen Widerspruch verstärken. Wenn die einzige Garantie für die politische Existenz auf europäischer Ebene die „staatliche Verfasstheit“ ist, dann bleibt den staatenlosen Nationen für die Anerkennung auf europäischer Ebene nur die Möglichkeit, sich innerhalb des Rahmens der Europäischen Union zu einem unabhängigen Staat zu entwickeln.

Die Europäische Union muss die „Einheit in der Vielfalt“ anerkennen und bei der praktischen Umsetzung die Realität der einzelnen Völker respektieren, insbesondere der staatenlosen Nationen und Regionen, die ihre eigene Sprache und Geschichte sowie ihre eigenen wirtschaftlichen und sozialen Merkmale und politischen Ambitionen haben. Die Europäische Union muss die jakobinische Geisteshaltung und Verhaltensweise der Staaten, die auf der politischen Bühne Europas immer noch vorherrschend sind, überwinden.

Wenn die Sprachen, die keine offiziellen Amtssprachen sind, umfassend berücksichtigt werden sollen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass der sprachlichen Vielfalt der staatenlosen Nationen und Regionen stärker Rechnung getragen wird. Das würde im Wesentlichen implizieren, dass die EU die einzelnen Sprachen, die von den Mitgliedstaaten und ihren Volksgruppen oder Regionen im jeweiligen Land anerkannt wurden, als gleichrangig mit den EU-Sprachen akzeptiert. Die EU-Politiken müssen ebenfalls die kulturelle Vielfalt von Fernsehen und Radio in den staatenlosen Nationen respektieren.

II – Der Bürger hat das Wort!

(Demokratie, soziale Dimension, Rechte)

Stärkung der Demokratie

Wir sind entschieden für die parlamentarische Demokratie, die die unabdingbare Grundlage für den Ausdruck des gesamten Meinungsspektrums in unserer Gesellschaft sein muss. Die Bürger müssen in der Lage sein, legitimierte Vertreter durch allgemeine und geheime Wahlen zu wählen, damit diese sie bei der Gesetzgebung vertreten.

Wir lehnen jede Form von Aggression oder Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Werte ab. Wir setzen uns aktiv für gewaltlose Maßnahmen zur Lösung von Konflikten ein.

Neue Formen der Bürgerbeteiligung

Das klassische demokratische System leidet nichtsdestotrotz unter den Beschränkungen, die das Recht der Bürger auf Meinungsäußerung und Mitbestimmung eingrenzen. Deshalb haben wir den folgenden Maßnahmenkatalog zusammengestellt, um die Mitbestimmung der Bürger zu verstärken:

1. Unterstützung direkter Formen der Mitbestimmung zusätzlich zu der Wahl von Vertretern für die legislativen Gremien: Referenden, Versammlungen usw.;
2. Förderung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen und insbesondere bei den Wahlen;
3. Entwicklung der Bildungssysteme zur Förderung des öffentlichen Interesses an öffentlichen Angelegenheiten;
4. Aktivitäten von Interessen- und Lobbygruppen sind unter Kontrolle zu bringen; ihre wirtschaftlichen Beweggründe können dem vom Volk verliehenen Auftrag entgegenwirken;
5. Sicherstellung, dass die Medien und insbesondere jene in staatlicher Hand offen gegenüber der pluralen Natur der Gesellschaft sind und diese widerspiegeln.;
6. Förderung von Wahlsystem, die die Beteiligung fördern und sicherstellen, dass die Parlamente so repräsentativ wie möglich sind;
7. Direkter Zugang zur Information für alle Bürgerinitiativen im Zusammenhang mit Europäischen Diskussionen;
8. Anerkennung der Bedeutung von NRO, Organisationen und der Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung von Rechtsakten.

Gegen Diskriminierung

Wir werden uns aktiv und mit ganzem Herzen zum Schutz der Bürgerrechte der und gegen die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, religiöser Überzeugung, Meinung, sexueller Orientierung, geografischer Herkunft oder anderer Gründe einsetzen. Wir werden für Toleranz arbeiten und uns für ein Höchstmaß an Achtung der Menschenrechte einsetzen. Die Achtung der Rechte historischer Minderheiten und Nationen ist ein wesentlicher Bestandteil davon.

Europäisches Sozialmodell

Das Europäische Sozialmodell muss als Eckpfeiler des Europäischen Gesellschaftsmodells gestärkt werden, das sich auf Solidarität stützt: Vollbeschäftigung mit anspruchsvoller Arbeit in einem gesunden und sicheren Arbeitsumfeld mit Zugang zu universellen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Damit sollen das Gleichgewicht zwischen einer dynamischen, ökologisch nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, Vollbeschäftigung, sozialem Schutz und sozialer Gerechtigkeit, worauf man sich in Lissabon und Göteborg geeinigt hatte, ebenso wie die Gleichstellung von Männern und Frauen geschaffen werden.

Für einen sozialen Stabilitätspakt

Damit eine Vollbeschäftigung mit anspruchsvollen Arbeitsplätzen und ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit garantiert werden können und es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt, benötigen wir verbindliche quantitative und qualitative Zielsetzungen, die auf europäischer Ebene vereinbart werden muss. **Der soziale Stabilitätspakt** – ein Pakt für Vollbeschäftigung, soziales Wohlergehen, soziale Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit – soll in Kombination mit dem „Verfahren der Koordination“ umgesetzt werden und könnte als Lösung dienen. Als Teil des sozialen Stabilitätspakts unterstützen wir den Gedanken eines länderspezifischen Ansatzes für den Anteil von Ausgaben für Wohlfahrts- und soziale Dienstleistungen am BIP.

Für eine friedliche Welt

Wir fördern eine andere Art der Globalisierung, so dass wir eine einheitlichere und aktivere Rolle bei der Beendigung von bewaffneten Konflikten innerhalb und außerhalb Europas übernehmen können. Die Konflikte in unserer Welt werden durch den ungleichen Zugang für Milliarden von armen Menschen angeheizt.

Die Konfliktprävention und anhaltender Frieden erfordern ein ausgewogeneres Gleichgewicht im Welthandel und bei der nachhaltigen Entwicklung. Die EU muss sich bei den WTO-Verhandlungen auch für die Menschen in den Entwicklungsländern einsetzen.

Ein verbindlicher Verhaltenskodex für den Waffenhandel und den Ressourcenabbau durch multinationale Unternehmen auf Europäischer Ebene wäre der Eckpfeiler auf dem Weg zu einer gerechteren und friedlicheren Welt.

Die Abschaffung der Armut muss in den ersten Jahren dieses Jahrtausends an erster Stelle stehen.

III – Für eine Europäische Verfassung

Auf dem Wege zu einem Europa der Völker und Nationen

Die Europäische Union war bisher ausschließlich auf die Mitgliedstaaten gestützt, die nur sehr zögerlich ihre Souveränität an ein europäisches politisches Organ abgeben wollen. Zudem sind die deutlichen Unterschiede bei der Größe und der Bevölkerung der Mitgliedstaaten nicht gerade für eine wirksame Koordinierung unter ihnen förderlich.

Die Verwaltungsorgane unterhalb der Regierungsebene wurden bereits als stumme Zeugen an die Wand gedrängt.

Wir streben nach einem Europa der Völker und Nationen, in dem jede der natürlichen Gemeinschaften zu einer Basiseinheit im Prozess der Europäischen Integration wird, und zwar auf der Grundlage der vollen Anerkennung ihrer kollektiven historischen Rechte und mit den internen Strukturen, über deren Annahme sie nach der Anwendung ihrer Rechte der Selbstbestimmung entscheiden wird. Auf diesem Wege werden die kollektiven Rechte garantiert werden.

Ungeachtet der Tatsache, dass vom Standpunkt der DPVE/EFA der aktuelle Prozess der Europäischen Einigung unzureichend ist, bringt die Partei ihren Wunsch zum Ausdruck, aus dem Innern der bestehenden Institutionen heraus arbeiten zu wollen, um Einfluss auszuüben, teilzunehmen und von allen Möglichkeiten für unsere Arbeit Gebrauch zumachen, um die Europäische Union in die gewünschte Richtung zu lenken.

Unser Hauptanliegen ist es, daran zu arbeiten, dass den einzelnen Völkern eine entscheidende Rolle bei der Europäischen Integration garantiert und dass das demokratische Defizit der Institutionen auf der folgenden Grundlage bekämpft wird:

- * Durch Förderung und Verbesserung der Rolle der internen Nationen in Regionen innerhalb der Institutionen. Wir werden ihre Vertretung innerhalb des Ministerrats fordern.
- * Durch die gründliche Anwendung des Grundsatzes der Subsidiarität in dem Sinne, dass das, was von einer niedrigeren Verwaltungsebene erledigt werden könnte, nicht von einer höheren übernommen werden sollte.
- * Durch eine Erleichterung auf jede erdenkliche Weise der zwischenterritorialen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern der Union, deren Grenzen das Ergebnis der Geschichte sind und nicht unbedingt ihre natürlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Bindungen untereinander darstellen,.
- * Durch Streben nach einem einheitlichen Wahlsystem für das Europäische Parlament innerhalb der Union, bei dem die Proportionalität und die direkte Vertretung der Völker und Nationen gewahrt werden.

Für eine Europäische Verfassung

Die Freie Europäische Allianz unterstützt den Gedanken einer Verfassung für die Europäische Union. Diese ist für die Bürger von wesentlicher Bedeutung, um eine demokratische und transparente Form der Eigenständigkeit in der Union unter Achtung der Menschenrechte (einschließlich der Selbstbestimmung) und des Prinzips der Subsidiarität zu erreichen, wobei zu gewährleisten ist, dass die Entscheidungen so nah wie möglich an den davon betroffenen Bürgern getroffen werden.

Aus demokratischer Sicht stellt der vom Europäischen Konvent vorgeschlagene Verfassungsentwurf einen tatsächlichen Fortschritt gegenüber dem bestehenden Durcheinander von Verträgen dar, die die Union und ihre Befugnisse festlegen. Wir begrüßen insbesondere die Aufnahme der Charta der Grundrechte als Bestandteil der Verfassung. Das Scheitern der Regierungskonferenz, die sich nicht auf die Annahme des Verfassungswortlauts einigen konnte, war ein großer Rückschlag für eine vernünftige Neugestaltung der Union.

Aber selbst im Verfassungsentwurf gibt es unweigerlich Mängel. Staatenlose Nationen hatten nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, einen Beitrag zum Konvent zu leisten, selbst wenn diese über eine weitreichende Eigenständigkeit innerhalb bestehender Mitgliedstaaten verfügten. Das Ergebnis des

Konvents spiegelt es wieder, und verschiedenen Mitgliedsparteien innerhalb unserer politischen Familie befassen sich mit den sich daraus ergebenden Problemen in einer Weise, die ihren eigenen lebenswichtigen lokalen und nationalen Interessen entspricht.

IV – Eine sicherere Welt für unsere Kinder

Die Zukunftsfähigkeit steht im Zentrum der Zielsetzungen unserer Fraktion, und zwar in kultureller und sprachlicher wie auch in umweltpolitischer Hinsicht. In einem zukunftsfähigen Europa wollen wir zukunftsfähige Gemeinschaften aufbauen.

Unsere Fraktion war in vielen Bereichen der Umweltpolitik aktiv, beispielsweise in der Kampagne für GVO-freie Regionen und Gebiete, und hat sich für sehr strenge Gesetze über die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit eingesetzt. Etwa 90 % der europäischen Bevölkerung lehnen gentechnisch veränderte Organismen ab. Es geht hier nicht nur um die Frage der Unbedenklichkeit von Nahrungsmitteln, sondern um unser demokratisches Recht, selbst zu entscheiden, was wir essen wollen, und darum, dass die Rechte des Individuums Vorrang vor dem Profitstreben haben. Wir unterstützen eine nachhaltige Landwirtschaft und möchten unsere Landwirte in die Lage versetzen, die lokalen Märkte mit den besten Produkten zu beliefern. Wir setzen uns für eine nachhaltige Entwicklung ein, damit die Menschen heute ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne dass dies dazu führt, dass künftige Generationen bei ihrer Bedürfnisbefriedigung Abstriche machen müssen.

Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein konkretes Beispiel dafür, dass Europa in Führung gegangen ist. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die künftige Energie- und Verkehrspolitik Europas, sondern die Bekämpfung der globalen Erwärmung hat weitergehende politische Implikationen. Zum Beispiel hat aufgrund der hohen Abhängigkeit der US-Wirtschaft von fossilen Brennstoffen die Kontrolle über die Energieressourcen, insbesondere die Ölfelder, bei dem militärischen Angriff der Vereinigten Staaten auf den Irak eine zentrale Rolle gespielt. Europa steht bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls weiterhin an der Spitze. Die Vereinigten Staaten als Hauptverursacher von CO₂-Emissionen sind außen vor. Sie haben sich geweigert, dieses Protokoll zu unterzeichnen.

Was die Atomenergie (Euratom) betrifft, so nimmt unsere Fraktion in dieser Frage als einzige eine geschlossene und unmissverständlich ablehnende Haltung ein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nuklearenergie auf europäischer Ebene allmählich aufgegeben wird. Die Zukunft für die europäische Gesellschaft liegt in Energieeinsparungen, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

Über 1,2 Milliarden Menschen in der Welt müssen mit weniger als 1 € pro Tag überleben. Angesichts dieser Tatsache fühlen wir uns der Erreichung der acht Millenniums-Ziele der Vereinten Nationen sowie der Ziele von Johannesburg verpflichtet. Die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Bereitstellung einer allgemeinen Elementarbildung, die Möglichkeit für Frauen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und eine erschwingliche Gesundheitsfürsorge sind Meilensteine auf dem Weg zu Frieden und Gerechtigkeit.